

Erscheint jeden Freitag.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis 1 Mark für 1 Exemplar, jedes weitere bis zu 5 Exemplaren direkt unter einer Adresse bezogen 75 Pfennig.

Die Ameise.

Redaktion u. Expedition:
Charlottenburg,
Englische Straße Nr. 24 II.
Unterlagsgebühr für die
gewöhnliche Stelle 20 Pf.
Arbeitsmarkt für Arbeit-
geber und Arbeitnehmer
unentgeltlich.

„Immer strebe zum Ganzen! Und kannst Du selber kein Ganzes
Werden, als dienendes Glied schließ' an ein Ganzes Dich an!“

Organ des Gewerksvereins der Porzellan- etc. Arbeiter, des Reise-Unterstützungsverbandes Dresden
und der Reise- und Unterstützungskasse Magdeburg.

Eigenthum des Gewerksvereins.

Original-Aufsätze u. Notizen technischen und sozialpolitischen Inhalts werden gegen Honorar entgegengenommen.

Bekanntmachung.

Die unterzeichneten Vorstände bringen hiermit nachstehende Beschlüsse der **Generalversammlung vom 25. Oktober 1891 zu Charlottenburg** zur allgemeinen Kenntniss aller Interessenten.

1. Dreher und Maler, welche nachweislich einem der in ihrer Branche bestehenden Unterstützungsverbände angehören, werden, sofern sie aus demselben ausscheiden, bis zum 31. Dezember d. J. als vollberechtigte Mitglieder, ohne Eintrittsgeld und Karenzzeit, laut der 2. Versicherungsstufe des Unterstützungs-Reglements des Gewerksvereins in den Verband aufgenommen.

2. Die Mitglieder des Dresdener Reise-Unterstützungs-Verbandes (Vorort Berlin) haben bis zur Auflösung und letzten Abrechnung des Verbandes ihrer Verpflichtung gegen denselben nachzukommen, andernfalls sie von der Vergünstigung des Punkt 1 ausgeschlossen bleiben.

3. Dreher und Maler, welche keinem der bestehenden Verbände angehören, haben ein Eintrittsgeld von 5 Mark zu zahlen, um unter Punkt 1 aufgenommen werden zu können.

4. Berufsgenossen, welche aus irgend einem Grunde aus den bestehenden Verbänden ausgeschlossen worden, können bis zum 31. Dezember d. J. gegen ein Eintrittsgeld von 10 Mark unter den statutarischen Bedingungen des Gewerksvereins-Statuts in den Verband eintreten.

Der Vorstand des Gewerksvereins der Porzellan- u. verw. Arbeiter.	Der Vorstand des Reise-Unterstützungs-Verbandes Dresden (Vorort Berlin).
A. Kern, Vorsitzender.	J. Fette, Vorsitzender.
J. Bey, Hauptkassirer.	H. Jarges, Kassirer.
G. Penz, Hauptschriftführer.	Th. Fischer, Schriftführer.

**Außerordentliche gemeinsame Generalversammlung
des Gewerksvereins und des Reise-Unterstützungsverbandes
Deutscher Porzellanreicher u. f. w. (Vorort Berlin)
zu Charlottenburg, Hotel „Zum Hirsch“, Englische Straße 26.**

Erste Hauptversammlung am 25. Oktober.

Die Versammlung wird vom Vorsitzenden Herrn Seidel um 9 1/2 Uhr eröffnet. Die Verlesung der Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 18 Delegierten. Die Mandate der inzwischen eingetroffenen Herren Walde, Güttensteinach und Loos-Kolditz sind geprüft und für richtig befunden.

Als Vertreter des Zentralraths ist Herr Kamin erschienen; auch der Verbandsanwalt Dr. Hirsch ist eingetreten. Beide Herren werden Namens der Versammlung vom Vorsitzenden begrüßt.

Aus dem Krankenhause ist von Herrn Georg Penz ein Schreiben eingegangen, in welchem derselbe es lebhaft bedauert, der Generalversammlung nicht beizuwohnen und seine Pflicht erfüllen zu können. Um so mehr beklagt Herr Penz sein gezwungenes Nichterscheinen, als gerade diese Generalversammlung im Interesse der Berufsgenossen so hochwichtige Aufgaben mit sich bringe, wie sie wohl niemals zuvor irgend einer Generalversammlung gestellt waren. Die Delegierten seiner lebhaftesten Theilnahme an ihren Beratungen versichernd, wünscht er, daß dieselben von bestem Erfolge zum Heile der Organisation begleitet sein mögen. Unter dem Ausdruck des aufrichtigsten Wunsches für die baldige Wiedergesundung des Herrn Penz nimmt die Versammlung von dem Inhalt seines Schreibens Kenntnis.

Der Vorsitzende widmet ferner den seit der letzten Generalversammlung verstorbenen Herren Penz, Münchow, Hack, Bogt und Lehmann als treu bewährten Leitern und Berufsgenossen Worte ehrenden Andenkens. Zum Zeichen der Achtung für die Hinterlassenen erheben die Anwesenden sich von ihren Plätzen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Geschäftsbericht“, ergreift in Vertretung des Hauptschriftführers Herr Bey das Wort, um besonders dringend darauf hinzuweisen, wie gerade die bevorstehende Generalversammlung sowohl im Hinblick auf die geplante Zusammenkunft zweier Berufsverbände als auch hinsichtlich einer zeitgemäßen Fortentwicklung und inneren Stärkung der neuen Vereinigung sich zu einer der bedeutendsten aller bis-her stattgehabten Generalversammlungen zu gestalten berufen sei. In einem

Rückblick auf die schon bei früheren Generalversammlungen in die Erscheinung getretenen Reformgedanken betreffs der Organisation und Verwaltung konstatirt der Referent mit Genugthuung, daß diese Gedanken endlich zur Reife gediehen seien und die jetzige Generalversammlung nunmehr die schon Aufgabe habe, denselben durch entsprechende Beschlüsse zur thätigen Geltung zu verhelfen. Die gewerblichen Verhältnisse im Allgemeinen strebend, geht der Redner auch den Näheren ein auf die wenig genossenschaftlichen Bestrebungen, welche von gewisser Seite sich zeigten, um die in Aussicht genommenen Vereinigungen zu vereiteln, und knüpft an diese seine Betrachtungen einen kräftigen Appell an die Delegierten, angesichts der Bedrückung und Vormundung der Arbeiter, namentlich derjenigen in unserem Berufe, durch die Arbeitgeber, in der Organisation eine wirkungsvolle Aushilfe, einen Schutz und Schirm für die ehrliche Arbeit zu schaffen. In materieller Beziehung verbreitet sich der Redner unter Anderem auch über die an den gesetzlichen Krankenversicherungszwang geknüpften Hoffnungen einer Erstattung des Gewerksvereins und damit einer selbstbestimmten Förderung der eigentlichen Arbeiterinteressen; diese Hoffnungen haben sich als eitel erwiesen, es sind im Gegentheil die Erfahrungen gemacht worden, daß viele von den Mitgliedern, die lediglich unter dem Druck des Zwanges dem Gewerksverein beitraten, es sich angelegen sein ließen, unsere, ihnen mehr als jede Zwangslage bietende freie Hilfskasse nach Möglichkeit zu leeren. Derartige Elemente seien am besten zu entbehren. Den Bildungsbestrebungen des Gewerksvereins sich zuwendend, betont der Referent unter Mittheilung der hierfür aufgewandten Geldmittel mit ganz besonderem Nachdruck, daß der Vereinsleitung keine Opfer zu groß erschiene, um für Aufklärung unter den Genossen über ihre Pflichten und Rechte als Mitglieder und Bürger des Staats zu wirken, leider aber gebe es immer noch eine allzu große Zahl von Mitgliedern, welche sich nicht die Mühe geben, ihr Verständnis für die Zwecke und Ziele der Organisation zu schärfen, denen jedes Gefühl der genossenschaftlichen Solidarität abgeht; daher die vielfach vorgekommenen Ausfälle, welche hauptsächlich als die Folge der Verhagung zu Unrecht erhobener Ansprüche zu erachten seien. In Betreff der Wanderunterstützung giebt Herr Bey sich der Hoffnung hin, daß diese durch die gemeinsame Reformarbeit wirkungsvoller geregelt werden wird. Den Lohnbestimmungen eine längere Betrachtung widmend, erwähnt der Referent im Besonderen der Stat gehalten, aus den traurigsten Verhältnissen resultirenden Lebensbewegung in Neubalduien, in welcher nach reichlicher Prüfung der Sachlage seitens des Vorstandes die in Mitteldenshaft gezogenen Mitglieder, allerdings mit Aufwendung großer Opfer, unterstützt wurden, und leuchtet sodann in drastischer Weise die von gewisser Seite mit Bezug auf die Angelegenheit gestellten Ansprüche, welche auf Entlassung der Verwaltungsbeamten von ihren Aemtern abzelen. Von weiteren, weniger wichtigen, aber erfolgreichen Differenzen berichtet der Referent aus Hamburg, Düsseldorf, Groß-Breitenbach, Königsfeld, Bonn, Gerweiler, Rastatt, Selb. Nach wie vor aber, so äußert sich der Referent, bedarf es der nachhaltigsten, kräftigsten Arbeit der Berufsorganisation zur Bekämpfung der überaus traurigen Lohnverhältnisse, mit denen oft die brutale Behandlung der Arbeiter von Seiten ihrer Brodherren Hand in Hand geht. Der Redner empfiehlt, unter Schilderung einiger bezeichnenden Fälle solcher Art, der Generalversammlung, auf energische Mittel Bedacht zu nehmen, um unter allen Umständen die um eine menschenwürdige Existenz schwer ringenden Berufsgenossen in ihren Kämpfen auf das Kräftigste zu unterstützen. Eine kurze Charakteristik der in der Tagesordnung niedergelegten „Nothfallanträge“ führt den Redner zu dem Ergebnis, daß diese bei etwaiger Annahme verhängnisvolle Konsequenzen nach sich ziehen dürften. Nach einigen Mittheilungen über Rechtschutzbewegungen wendet sich Herr Bey den Anträgen auf Herabsetzung der Pension zu und erklärt, daß eine persönliche Propaganda, soweit sie thunlich sei, im Hinblick auf die thätigen Erfolge auch für die Zukunft nicht von der Hand gewiesen werden könne. Der der Generalversammlung vorgelegte, der Vertheilung zur Grundlage dienende Statut-Entwurf soll in seinem Inhalte die Ziele des Arbeitervereins in klaren Worten hervortreten lassen; den Mitgliedern soll durch denselben in kürzester Bewusstheit für die Pflicht einer thätigen Mitarbeit an der Besserung der sozialen Verhältnisse beigebracht werden. Der Referent nimmt noch Veranlassung, den Vorstand sowie seine Persönlichkeiten und Angriffe persönlicher Natur, soweit sie den gegenseitigen Verkehr betreffen, zu verurtheilen, persönliche Vorurtheile hat er ihm nicht fern gelegen. Herr Bey hofft, daß die Thätigkeit des Vorstandes die Mitglieder der Delegierten finden werde, wenn auch wohl sie und die Führer vorgelamten ein mögen; auch die Verwaltungsbeamten seien Männer, welche auf Umkehrfall einen Anspruch nicht erheben. — Der Bericht wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einigen Redenden, auf die Ausführungen des Referenten bezüglich Mittheilungen des Herrn Ringler-Königszeit ergreift das Wort

Herr Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch. Derselbe begrüßt zunächst die Delegirten und Genossen, um sodann seine Kreise anzusprechen darüber, daß durch die in Aussicht genommene Verschmelzung eine kraftvollere gemeinsame Arbeit für die Berufsgenossen zu erwarten sei; besonders aber habe es ihn wohlthuend berührt, daß der Referent die Aufrechterhaltung des Prinzips auch für die Zukunft betont habe, welches leitend gewesen sei für die gesamte Gewerkeorganisation seit ihrer Gründung. Der Herr Anwalt bezieht sich hierbei kurz auf die Bedeutung der Stellungnahme der Generalversammlung zum Verbands der Deutschen Gewerkevereine.

Dem gegenüber bemerkt Herr Bey zur Geschäftsordnung, daß eine Besprechung dieser Frage bei Punkt 4 der Tagesordnung vorgesehen sei.

Der Herr Anwalt erklärt, daß er ein tieferes Eingehen auf diesen Punkt nicht beabsichtigt habe. Im Uebrigen giebt auch er dem Bedauern Ausdruck, Herrn Georg Leub infolge dessen Erkrankung hier nicht begrüßen zu können, und wünscht denselben baldige Genesung.

Namens der Revisoren berichtet Herr Hude. Auf seinen Antrag ertheilt die Generalversammlung dem Vorstände einstimmig Decharge.

Seit der letzten Generalversammlung gestaltete sich die Fortentwicklung des Gewerkevereins folgendermaßen: Die Zahl der Ortsvereine vermehrte sich um 14, die der Mitglieder um 1462, gegenwärtiger Mitgliederbestand 3392. Es ergiebt sich gegen 1888 ein Ueberschuß bis zum 2. Quartal 1891 im Betrage von 20 655 Mk., das Gesamtvermögen beträgt 47 680 Mk. Unterhaltungen wurden geleistet bei Differenzen 23 840 Mk., bei Arbeitslosigkeit 13 864 Mk., in Nothfällen 2945 Mk., für Rechtschutz wurden verausgabt 1742 Mk., Bildungszwecke 23 348 Mk., Agitation 3898 Mk., Verbandssteuer 3488 Mk., Ortsverbandssteuer 802 Mk.

Nach einer Pause von zehn Minuten schreitet die Versammlung zum 3. Punkte der Tagesordnung: „Besprechung über die gewerbliche Lage unserer Berufsgenossen“. Referent Herr Bey. Die Thatsache, daß dieser Punkt zum ersten Male auf der Tagesordnung einer Generalversammlung unserer Organisation erscheint, sei ein erfreulicher Fortschritt, sie beweise, daß das erste Bestreben, uns gründlicher als bisher in das eigentliche Gebiet der Arbeitervereinsthätigkeit, in das gewerbliche Leben der Berufsgenossen zu vertiefen, immer stärker zu durchgreifender Geltung gelange. Ein Ansporn dazu soll gegeben werden durch Schilderung der bezüglichen Verhältnisse namentlich aus den Provinzen, obwohl auch von Berlin nichts besonders Günstiges zu sagen sei. Die Gewerkevereine haben, nach Ansicht des Redners, sich in der Erörterung der Arbeiterlage von manchen anderen Arbeitervereinigungen überflügeln lassen, und sei es heute nicht mehr am Plage, eine gemeinschaftliche Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen von Parteistandpunkten abhängig zu machen. Um aber eine wirklich praktische, zweckentsprechende Arbeit zu leisten, bedürfe es neuen, aus der Gegenwart geschöpften stammenden Materials, und es sei deshalb notwendig und von größter Wichtigkeit, die Lohnstatistik mehr als bisher zu pflegen. Die Affordarbeit erachtet der Redner als ein Mittel, wodurch sich die Unternehmer auf Kosten des Arbeiters bereichern, denn in der Regel werden von dem nach Ansicht des Arbeitgebers zu viel verdienten Löhne Abzüge gemacht. Um die Abzüge wieder hereinzuholen, wird noch mehr „geschafft“ unter Ausbietung aller Kraft, und wieder giebt es Abzüge, eine Schraube nach unten ohne Ende. Das Affordsystem erzeuge Viebedienerei, knechtische Gesinnung nur zu dem Zwecke, bessere Arbeiten zu erschnappen als andere Mitarbeiter. Da das Affordsystem aber vorerst nicht aus der Welt zu schaffen sei, so müsse wenigstens diese Art Arbeit durch einen Tarif geregelt werden, eine Sache, deren Ausführbarkeit sehr wohl möglich sei, um endlich der Schmutzkonkurrenz auf Kosten der Arbeitskraft, mit welcher auch die Herren Arbeitgeber bereits am letzten Ende angekommen seien, Einhalt zu gebieten. Inwiefern von solcher unreinlichen Konkurrenz namentlich die Güte der Fabrikate beeinflusst wird, davon führt der Referent unter großer Heiterkeit der Versammlung verschiedene drastische Beispiele an. In Erläuterung der von ihm verlesenen Zehnliste aus den Provinzen bemerkt der Referent, daß allerdings die geringen Durchschnittslöhne von 15—18 Mk. die Regel bilden, während die höheren und höchsten Löhne zu den verschwindenden Ausnahmen gehören und gar oft nur von Denen erzielt werden, die sich die obenbezeichneten Konsequenzen der Affordarbeit zu nahe machen. Dagegen müsse energisch Front gemacht werden, ebenso gegen die übermäßig lange, vielfach fünfzehnstündige Arbeitszeit, welche die Berufsgenossen, wie die Krankheits- und Sterblichkeitsstatistik des Gewerkevereins deutlich erweise, im besten Lebensalter elend und fleh macht und schließlich den vorzeitigen Tod zur Folge hat. Der Referent beschwört deshalb dringend eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Forderung der Humanität, für welche soeben auch die deutschen Buchdrucker in den Kampf eingetreten seien. Nach der Ueberzeugung des Redners kann aber nur ein staatliches Eingreifen eine wirkungsvolle Wendung zum Besseren bringen. Der Staat habe das Gemeinwohl aller seiner Bürger zu fördern, also auch dasjenige der arbeitenden Bürger. Das Maschinenwesen werde von den Unternehmern derart ausbeutet, daß es eher die Arbeiter zu Sklaven des Kapitals gemacht habe, statt sie zu entlasten. In Bezug auf die Regelung der Arbeitszeit kennzeichnet der Referent seinen Standpunkt, indem er der Generalversammlung folgende Resolution zur Annahme empfiehlt: „Die Generalversammlung erklärt sich für die gesetzliche Einführung einer achtstündigen Arbeitszeit, weil eine längere Arbeitszeit nur von den Arbeitgebern zu Lohnfälschungen ausgenutzt wird. Auch bedarf der Arbeiter zur Erhaltung und Hebung seiner körperlichen und geistigen Kraft und zur Erfüllung seiner familiären und staatsbürgerlichen Pflichten mehr freier Zeit wie bisher.“ Das Referat fand lebhaften Beifall.

In der Diskussion spricht sich Herr Hude für Einfügung des Verbotes der Affordarbeit in die Resolution aus, während Herr Kleinwächter eine Bekämpfung der Schmutzkonkurrenz durch die Organisation befürwortet.

Nach einer Auseinandersetzung zwischen dem Verbandsanwalt und Herrn Bey ergreift der Erstere das Wort, um seiner Auffassung der von Herrn Bey vorgetragenen Lohnstatistik dahin Ausdruck zu geben, daß im Hinblick auf die allgemeinen Lohnverhältnisse der elf Millionen deutschen Arbeiter die Löhne im Porzellangewerbe nicht eigentlich zu den schlechtesten gehören, obwohl er nicht verkennen, daß allerdings für manche Gegenden Deutschlands die Lohnstatistik traurige Ergebnisse aufweise. Er sagt ferner auch Zweifel, daß wirklich alle Arbeitgeber in der Porzellanindustrie so schlecht gegen die Arbeiter seien, wie es der Referent dargestellt habe; Ausnahmen werde es wohl auch geben. (Herr Bey ruft: „Wohle haben!“) Herr Bey habe außer von den „Kleinreichen“ Arbeitgebern, die er als „Ausbeuter“ bezeichnet,

noch auch von „armen Arbeitgebern“ gesprochen, darin findet der Herr Anwalt einen Widerspruch. Im Interesse der Gerechtigkeit bittet der Redner die Delegirten um eine ruhige, leidenschaftslose Erwägung der Sache; betreffs der Affordarbeit empfiehlt er eine energische Bekämpfung der in diesem System eingerissenen, von den Arbeitern selbst nur zu oft begünstigten Mißbräuche. In einer Besprechung der Resolution führt Herr Dr. Hirsch der Reihenfolge nach die Konsequenzen an, welche sich aus dem in derselben geforderten staatlichen Eingreifen ergeben müßten und weist zur Begründung seiner Ausführungen namentlich auch auf die von Hude geforderte gesetzliche Aufhebung der Affordarbeit hin. Wenn wirklich die Porzellanindustrie im Interesse des Wohlbefindens der Arbeiter nur eine achtstündige Arbeitszeit ertragen könne, so werde er es als seine erste Aufgabe betrachten, in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter beim Bundesrathe dahingehend Anträge zu stellen. Nachdem Herr Dr. Hirsch im Gegensatz zu seiner früheren Anschauung sich als ein Freund der obligatorischen Sonntagsruhe bekannt, gedenkt er des kürzlich stattgehabten Kongresses der englischen Gewerkevereine, dessen Vorsitzender bei aller Anerkennung der Nothwendigkeit eines staatlichen Eingreifens doch immer das Prinzip genossenschaftlicher Selbsthilfe hochgehalten habe.

Es berichten dann noch verschiedene Delegirte über die Lohnverhältnisse in ihren Bezirken. Die Mehrzahl dieser Berichte bestätigt lediglich das von Herrn Bey Gesagte: theils stufenweise Lohnabzüge, theils empfindliche Geldstrafen, Alles zum Vortheil der Arbeitgeber, und nur wenige der Herren Delegirten waren in der Lage, aus ihrer Heimath vollkommen befriedigende Verhältnisse zu konstatiren.

Die Verhandlung wird auf Montag Vormittag 8 Uhr vertagt. — Schluß der Sitzung 2¼ Uhr.

In dem von uns bereits veröffentlichten Protokollauszug über die Vorversammlung vom 24. Oktober ist bei der Mittheilung der Namen der anwesenden Delegirten Herr Meier-Neuhaldensleben nicht genannt; derselbe ist im Protokoll als erster aufgeführt, seine Anwesenheit sei also hiermit konstatirt. (Fortsetzung folgt.)

Sozialpolitische Nachrichten.

** Von einem Genossen aus Ilmenau ging uns die Mittheilung zu, daß in der dort befindlichen Porzellanmalerei der Firma Ernst Landgraf im Laufe des Monats Oktober die Löhne der Maler durchgängig um 10 pCt. gekürzt worden sind. Bei den ohnehin schon nicht hohen Verdiensten ist diese Lohnreduktion, zumal auch der Geschäftsgang kein flotter ist, um so schwerer fühlbar. Unter Anderem erhält einer der hier von Betroffenen, der bisher 15 Mk. Wochenlohn bezog, jetzt 13,50 Mk. Ob ein solcher Verdienst den hohen Lebensmittelpreisen und sonstigem Unterhalt entspricht, bezweifeln wir zu bejahen. Leider haben die Kollegen sich bis jetzt noch keiner Vereinigung angeschlossen, so daß sie nun, ohne Hilfsmittel dastehend, einfach für den verminderten Preis zu arbeiten gezwungen sind. 10 pCt. sind verloren gegangen, so lesen wir in der „Ilmenauer Zeitung“. Mit diesem Schmerzensschrei müssen sich die Leute begnügen, weil ihnen Unterstützung einer geschlossenen Vereinigung nicht zur Seite stehen. Wann und aber wann wird es dahin kommen, daß die Kollegen allerorts einsehen lernen, daß ihnen ihr Recht nur dann mit Nachdruck gewahrt werden kann, wenn sie sich einer großen, zielbewußten Vereinigung anschließen, die im Stande ist, infolge ihrer Einrichtungen nach jeder Seite hin helfend einzugreifen? Daß diese Erkenntnis sich immer mehr Bahn brechen wolle, das wollen wir im Interesse aller Kollegen, angesichts der traurigen Erfahrungen, die schon so viele unter uns gemacht haben, baldigst hoffen. Gerade jetzt bietet sich den Kollegen die günstigste Gelegenheit, sich zu versichern in der neu geschaffenen Vereinigung des Gewerkevereins und des Reiseverbandes Dresden. So wurde schon am 3. Tage auf der Generalversammlung obiger Verbände von dem jetzigen Vorsitzenden des Reisegeldverbandes Herrn Fette ein Schreiben verlesen, wonach die Kollegen in Volkstedt aus dem Magdeburger Verband ausscheiden und sich der neuen Vereinigung anschließen wollen. Auf ihre Anfrage hin, unter welchen Bedingungen dieses geschehen kann, soll den Kollegen die Antwort werden, daß ihnen der Eintritt unter Wegfall des Eintrittsgeldes und der Karenzzeit bis zum 31. Dezember 1891 nach den bisher geltenden Bestimmungen des Gewerkevereinsstatuts gestattet ist. Diese Vergünstigung wird allen Kollegen (gleichviel ob Dreher oder Maler) zu Theil, welche nachweislich schon einem bestehenden Verbands angehört haben oder noch angehören. Ebenso liegt ein Schreiben von Malern aus Selb vor, worin dieselben ihren Anschluß an die Vereinigung (Gewerkeverein) anzeigen. Mögen überall die Kollegen sich regen, und sich endlich mal dem süßen Dahingehelassen entziehen durch die Verbindung mit anderen Kollegen in eine festgegliederte Vereinigung. Dann wird es auch im Allgemeinen mit dem Loose unserer Branchenkollegen besser sich gestalten. In erster Linie verweisen wir auf die regelmäßig jetzt erscheinenden Protokolle unserer Generalversammlung; mag sich jeder Kollege davon überzeugen, daß auf derselben etwas wirklich Ganzes, das heißt, ein Halt geschaffen ist, unter dessen Dach jeder von uns Schutz findet. G. L.

** Mit Bezug auf den seitens unserer letzten Generalversammlung beschlossenen Austritt aus dem Verbands der Deutschen Gewerkevereine enthält die Nr. 44 des „Gewerkeverein“ eine Notiz, nach welcher die Gründe für den Austritt, welche sowohl seitens der Antragsteller, als auch des Vorstandes (des Gewerkevereins) angeführt wurden, durch den Vorsitzenden des Zentralraths und den Anwalt, Hellweis, auch durch den Delegirten, Hr. Oberhausen, als „geringfügig, unwichtig und hinfällig“ nachgewiesen worden sein sollen. Was die Anschuldigungen der Antragsteller betrifft, so sind diese dem Schreiber dieser Zeilen, der infolge Krankheit an der Generalversammlung nicht Theilnehmen konnte, nicht genauer bekannt. Die Gründe des Gewerkevereins-Vorstandes für den Austritt aus

dem Verbands sind jedoch von derart prinzipieller Bedeutung, daß die ganze Naivität des Verfassers der Notiz im „Gewerkverein“ dazu gehört, sie als „geringfügig“ u. dgl. zu bezeichnen zu wollen. Ist es etwa ein geringfügiger Grund, wenn unser Vorstand mit der ganzen Stellung der Verbandsleitung und des Verbandsorgans, speziell auch des Verbandsanwalts, zur Arbeiterbewegung nicht länger sich einverstanden erklären kann? Wenn unser Vorstand es ferner nicht billigt, daß der von dem „Herrn Anwalt“ nach wie vor eifrig verfolgte „Revers“ insbesondere in letzterer Zeit seitens mehrerer, auch der größten Gewerksvereine, dazu benutzt wird, Mitglieder lediglich wegen ihrer politischen Gesinnung, ja sogar lediglich deswegen aus den Gewerksvereinen auszuschließen und sie so ihrer wohlverdienten Unterstützungsansprüche verlustig zu erklären, weil sie infolge der in ihrem Berufe unter den Arbeitern vorherrschenden Verhältnisse oder behufs ausreichender Versicherung veranlaßt waren, neben dem Gewerkverein noch einem Fachverein anzugehören? Wenn wir ferner der Ansicht sind, daß durch die Verbandsleitung der Gewerksvereine die Interessen der Arbeiter nicht in der uns erforderlich erscheinenden Weise vertreten werden? Und die eines Arbeiterblattes unwürdige Haltung des Verbandsorgans „Gewerkverein“ gegenüber der Arbeiterbewegung in den Fachvereinen u. dgl., das Streikbrechertum, das in verschiedenen Gewerksvereinen ungehindert sich breit machen darf, sind das alles „geringfügige“ Gründe? Genug davon! Erwähnt mag noch werden die Behauptung in der fraglichen Notiz, es sei „seit Jahren auf alle Art dahin gearbeitet worden, den Gewerkverein der Porzellaner u. dgl. prinzipiell und praktisch der Gesamtorganisation zu entfremden und in andere sozialpolitische Bahnen zu lenken“. Daß diese Behauptung unwahr ist, wissen unsere Mitglieder am besten und auch die Leitung des „Gewerkverein“ muß dies wissen, insbesondere nach den auf der Generalversammlung erfolgten Klarstellungen. Das Einzige, was geschehen, sind die Veröffentlichungen des Schreibers dieser Zeilen in der „Ameise“, insbesondere die öfteren Verwahrungen gegen die Haltung des „Gewerkverein“ der Arbeiterpartei gegenüber. Auf die weiteren Auslassungen der Notiz des „Gewerkverein“, die zum Theil Klunker sind, zum Theil sich selbst widerlegen, will ich nicht eingehen. — Die Leitung des „Gewerkverein“ mag sich im Uebrigen beruhigen: der fast einstimmige Austrittsbeschluß unserer Generalversammlung verbürgt sowohl dem Vorstande die Uebereinstimmung der Mitglieder mit seiner Haltung in der Verbandsfrage, wie er andererseits auch das gedeihliche Fortschreiten der Arbeiterorganisation in unserem Berufe bedeutet.

Georg Lenz.

Personal-Nachrichten.

Arzberg. Erklärung. Wir erklären hierdurch, daß der von uns gewählte Delegirte nach Magdeburg vollständig überlegt und in würdiger Weise für unsere Wünsche eingetreten ist, wenn auch die Herren Moschendorfer meinen, er wäre nicht in der Lage dazu gewesen. Wir haben ja auch den für unsere Ansichten unwürdigen Kandidaten nicht gewählt. Was den Artikel der „Ameise“ in Nr. 41 betrifft, so müssen wir konstatiren, daß derselbe ganz falsch verfaßt wurde. In der gemeinsamen Versammlung beider hiesigen Personale, betreffs der Verschmelzungsfrage, wurde darüber abgestimmt, ob wir uns dem Artikel der Personale bei Müller und Rosenthal in Selb anschließen, oder dem Vorort Magdeburg, eine wartende Stellung einzunehmen. Es stimmten 13 für den Artikel Selb und 11 für Magdeburg, es ist

Femileton.

Folgender Brief eines Vereinsgenossen in Persien dürfte für die Leser d. Bl. nicht ohne Interesse sein:

Tauris in Persien, den 31. August 1891.

Am 6. August d. J. glücklich in Tauris angelangt, theile ich mit, daß wir sofort mit dem Bau der Fabrik begonnen haben, und denke ich den Bau in 2 Monaten glücklich zu beenden. So leicht wie in Deutschland ist es jedoch nicht, hier eine Fabrik zu errichten bei der großen Unwissenheit der Leute; ich muß hier Baumeister, Maurer, Arbeitsmann u. s. w. alles in einer Person spielen, nur um den Leuten es begreiflich zu machen. Ich habe zwar einen persischen Ingenieur und auch einen Baumeister um mich, habe mich selbst einen Bauplan gemacht, aber leider versteht nur der, welcher Ingenieur sein will, etwas von Zeichnung, und so muß ich denn hier und da selbst mit zugreifen. Was die Maurer anbetrifft, so haben dieselben höchstens einen Hammer und eine Schür, alles Andere wird mit der bloßen Hand gemacht; ein Hammer ist zum Zerhacken von Steinen unumgänglich notwendig, ebenso eine Schür, um einigermaßen Richtung zu halten. Bei aller Unwissenheit sind die Leute aber trotzdem sehr geschickt, denn ein deutscher Maurer kann es oft trotz Wasserwaage, Winkel, Richtscheit, Kelle u. s. w. nicht schöner machen, wie ein persischer Maurer. Die Leute sind sehr schwer von Begriff, wenn sie aber einmal etwas erfaßt haben, wie schon gesagt, auch sehr geschickt. Daß meine Aufgabe für mich, da ich der Sprache nicht mächtig bin, trotzdem mir ein Dolmetscher beigegeben ist, nicht leicht ist, können Sie sich wohl denken. Der Thon, welcher hier ist, ist sehr gut zu sein, derselbe steht richtig, dem Geruch ähnlich, ist, da es hier sehr trocken und heiß ist, sehr hart und muß, ehe er erweicht wird, sehr klar geklopft werden und einige Tage weichen. Ebenfalls gibt es hier eine Art Porzellanerde, welche aber jeder Deutsche für Stein halten würde; mir ging es ebenso, bis ich einen

auch zu bemerken, daß nur $\frac{1}{2}$ unseres Personals anwesend war. Um Frieden zu haben, mußte nun dem Drange der Mehrheit von zwei Stimmen nachgegeben werden, daher kam dieser Artikel, und das nennt man voll und ganz anschließen. Auch erklären wir, daß wir zu der in Selb stattgefundenen Versammlung der oberhiesigen Personale zwecks der Verschmelzungsfrage nicht eingeladen, folglich nicht vertreten waren. Wenn wir überhaupt die letzten Artikel der „Ameise“ in Bezug auf unsere Delegirten genau erwägen, so erscheint es uns, als wenn unser Personal noch der Vermuthung Anderer ausgesetzt ist, aber soweit ist es eben noch nicht. Wenn unsere Handlungsweise nicht paßt, kann sie passend machen. Dieses ist unser letztes Wort in dieser Sache.

Das Dreherpersonal bei C. Anders in Arzberg.

J. A.: K. Kührbringer.

Neuhaldensleben. Erklärung. Das unterzeichnete Personal erklärt sich mit dem Vorschlage des Moschendorfer Personals, sowie mit dem des Personals von Schumann u. Kies in Nr. 41 d. Bl. voll und ganz einverstanden. Auch ist dasselbe der Ansicht, daß durch den Anschluß der Magdeburger Mitglieder an die neue Vereinigung von einer Schädigung der ersteren gar keine Rede sein kann.

Das Dreherpersonal der Steingutfabrik J. Ufficht & Co.

Im Auftrage der Magdeburger Verbandsmitglieder:

Karl Kühn. Max Thorand.

Altwasser. Der Magdeburger Delegirtenstag giebt Unterzeichnete Anlaß, mit nachstehenden Ausführungen an die Öffentlichkeit zu treten.

Die Abstimmung in der Verschmelzungsfrage hat ergeben, daß die Mehrzahl der Magdeburger Verbandsmitglieder durch Bejahung der Frage 1a für eine Vereinigung aller drei Verbände gestimmt hat. Damit, daß wir Frage 1b verneint haben, wollten wir nur erkennen lassen, daß wir bei der Einrichtung des großen Verbandes durch unsere Delegirten auch mitsprechen wollten. Ob die neue Vereinigung eine Schädigung für uns in sich birgt, haben allein die Delegirten, die wir nach Charlottenburg entsenden, zu beurtheilen, da haben dieselben über den Beitritt oder das Fernbleiben vom neuen Verein zu entscheiden.

Der Vorstand des Magdeburger Meisterverbandes deutet aber die Verneinung der Frage 1b für seine egoistischen Zwecke zum Nachtheile der Mitglieder aus.

Es muß auf der Delegirtenversammlung zu Magdeburg ein ganz bezaubernder Wind geweht haben, denn eine Anzahl Delegirte haben ihrem Auftrage ganz entgegen gestimmt, und darum kann einem solchen Delegirtenstage keine Folge gegeben werden, derselbe trägt vielmehr nur den Charakter eines Vorstandsbeschlusses.

Der Vorstand ist verpflichtet, die Vortheile der Mitglieder zu wahren, gerade das Gegentheil hat er gethan. Indem er die Dresdener einlud, für 3 Mk. Einstand aufgenommen zu werden, während wir 9,08 Mk. in der Kasse haben, schädigt er jedes seiner Mitglieder gerade um 6 Mk., und dieses Kunststück macht er darum, um mit einer starken Mitgliederzahl die Bewegung des Gewerksvereins zu hemmen, das Streben nach einer wirklichen Vereinigung zu vereiteln. Um seine egoistischen Privat-Ansichten durchzusetzen, bietet er den Dresdenern den Judaslohn, indem er ihnen unsern erparten Kassenbestand zum Opfer bringt. Hier müssen wir noch bemerken, daß gerade die vollständige Kassenheilung bei den Dresdenern ein vorzügliches Agitationsmittel war, sie machten uns alljährlich zum

solchen Stein in's Wasser legte und bemerkte, daß die Außenseite weich wurde. Ich stampfte nun einen Stein zu Pulver, weichte dasselbe ein, schlemmte die gröberen Theile davon ab und fand eine ziemlich plastische schneeweiße Erde vor. Einen Brennversuch konnte ich damit noch nicht vornehmen. Was den rothen Thon anbetrifft, so ist derselbe sehr fett, brennt sich bei schwachem Feuer schon sehr fett und gelb, und wird hier zu gewöhnlichem Töpfergeschirr verarbeitet. Kurzlich hatte ich die Ehre, hier in eine Töpferlei, welche eine Art Steingut, aber mit Zinglasur, macht, eingeführt zu werden. Ich bin fast erstaunt über die primitive Einrichtung, wobei die Leute doch noch ziemlich schönes Geschirr liefern; freilich, so ist es ja lange nicht, wie das deutsche oder englische Steingut. Es wird erstens alles freigekehrt, die Teller aber, welche doch sehr schwer frei zu drehen sind, sehen innen so schön aus, als ob dieselben auf einer Form gemacht wären, nur an der Außenseite kann man bemerken, daß sie frei gedreht sind. — Das Geschirr wird nur einmal gebrannt, es wird also auf das ungebrannte Stück glasiert. Die Malerei wird mit farbiger Zinglasur auf dem fertig gebrannten glasierten Stück freihändig ausgeführt und noch als mitgebrannt. Die Dosen sind rund, haben ungefähr einen Durchmesser von $1\frac{1}{2}$ Meter und eine Höhe von 3 Meter und laufen oben zu einem Schornstein aus, welcher jedesmal beim Brennen aufgebaut und nach dem Brennen abgebrochen wird, da das Loch oben ebenfalls zum Einsteigen und Ausnehmen dient. Einen anderen Zugang zum Ofen giebt es nicht, auch hat der Ofen nur eine Feuerung und wird mit Holz gebrannt. — Ueber Glasur u. s. w. nichts mehr.

Somit besuche ich mich mit meiner Familie wohl, nur die große Hitze und die Nahrungsweise will mir nicht recht behagen, auch ist man den Europäern vorläufig hier nicht recht wohlgekommen, jedoch derselbe steht auf der Haut sehr gut.

Verzichten Sie

Karl Künzel in Tauris, Persien.

Neubaldensleben G. G. G. F. u. M. B. Sie konnte Ihre Auf-
traggeber wollen in, mit der in dieser Nummer veröffentlichten Erklärung,
welche vollständig dem Zweck entspricht, begnügen. D. Med.